

1 **Thema: Gesundheit**

2 Mit der Coronapandemie ist deutlich geworden, dass unser, von Wirtschaftlichkeit geprägtes und
3 über Fallzahlen berechnetes Gesundheitssystem weit entfernt ist von dem, was uns in der
4 Vergangenheit als sichere Versorgung verkauft wurde. Trotz wiederkehrender Wahlversprechen
5 ist es seit Jahrzehnten nicht gelungen, das klassenorientierte Kranken- und Pflegekassensystem
6 zu erweitern und finanziell zu sichern. Besonders Kinder und Alte sind gesundheitlich
7 inzwischen deutlich unterversorgt und das spüren wir in den Kommunen durch Insolvenzen im
8 Altenpflegebereich und die in NRW angeordneten Schließungen von Kliniken der
9 Grundversorgung ganz besonders.

10 Unser Gesundheitssystem kollabiert und braucht weit mehr als punktuelle Reformen:
11 Überlastete Arztpraxen, überfordertes Pflegepersonal, monatelange Wartezeiten auf
12 Facharzttermine und steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erfordern
13 dringende Maßnahmen. Schwangere, die in NRW mit großer Sorge den zunehmend weiten Weg
14 zur Entbindung fürchten und Eltern die, verzweifelt einen Platz in einer Kinderklinik für ihr
15 schwer erkranktes Kind suchen zeigen die sich weiter zuspitzende Lage der
16 Gesundheitsversorgung. Die aktuellen Reformen sind unzureichend und verschärfen die
17 Probleme. Eine Krankenhausreform, die auf Zentralisierung setzt und ländliche Regionen
18 vernachlässigt, sowie eine Apothekenreform, die die Qualität der Beratung mindert, führen nicht
19 zu einer besseren Versorgung.

20 Die Linke sagt: Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und muss entsprechend organisiert
21 werden. Wirtschaftlicher Wettbewerb steht im Widerspruch zu guter Versorgung. Wir setzen uns
22 für ein Gesundheitssystem ein, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt und
23 eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung schafft, in die Alle einzahlen und von der
24 alle Mitglieder profitieren.

25 Eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und
26 Krankenhäusern besonders im ländlichen Raum ist sicherzustellen. Von den Landkreisen
27 betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen sind einzurichten.

28 **Für gesunde Städte und Gemeinden wollen wir:**

- 29 - Bedarfsorientierte, wohnortnahe und präventive Gesundheitsversorgung.
- 30 - Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in öffentliche Hand.
- 31 - Stärkung kommunalpolitischen Handelns für gezielte Gesundheitsbildung und
32 -förderung vor Ort, besonders in Kitas und Schulen.
- 33 - Regionale Gesundheitskonferenzen zur gemeinsamen Planung von Angeboten.
- 34 - Mobile Arztpraxen und ambulant-stationäre Versorgungszentren.

35 **Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene** muss die gesundheitliche Ungleichheit besonders
36 da bekämpfen, wo Armut krank macht: Auf dem Land, wie in den Stadtteilen und großen
37 Wohnquartieren ist die pflegerische und gesundheitliche Versorgung mit sozialer Beratung zu
38 verknüpfen und durch entsprechendes Fachpersonal zu koordinieren.

39 Die Politik vor Ort braucht hierfür finanzielle Mittel und rechtliche Kompetenzen. Vorschläge wie
40 besondere Ambulanzen für Unversicherte und kommunale Übernahme freier Arztsitze sind
41 notwendig. Das System der Kassenärztlichen Vereinigungen muss reformiert und zumindest zur
42 kommunalen Zusammenarbeit verpflichtet werden.

43 **Gute Gesundheitsversorgung auf dem Land** erfordert mobile Praxen und spezialisierte
44 Gesundheitsfachkräfte. Die Rekommunalisierung von Krankenhäusern ist entscheidend, um
45 Schließungen zu verhindern und die demokratische Planung zu gewährleisten.

46 **Pflege kommunal unterstützen:** Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle Pflege.
47 Diese überwiegend in die Hände von Angehörigen zu geben ist nur verantwortlich, wenn
48 fachliche Begleitung und Unterstützung organisiert und finanziert ist. Die Linke fordert eine
49 solidarische Pflegeversicherung auf Bundesebene und will vor Ort kommunale
50 Pflegeeinrichtungen stärken.

51 **Gesundheit fördern durch Armutsbekämpfung:** Armutsbekämpfung ist die wirksamste
52 Präventionsmaßnahme. In kommunalen Jobcentern sollte die Gesundheit von
53 Armutsbetroffenen im Fokus stehen. Die Priorität muss auf Ermutigung liegen, nicht auf
54 Sanktionen.

55 **Zugang zu Schwangerschaftsberatung und Schwangerschaftsabbrüchen sichern:**
56 Ungewollt Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere
57 Schwangerschaftsabbrüche. Deswegen fördern wir in den Kommunen
58 Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell gebundenen Trägern und
59 unterstützen die Niederlassung von Gynäkolog:innen, die Schwangerschaftsabbrüche nach dem
60 aktuellen Stand der Medizin durchführen.

61 **Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik** setzt sich die Linke für eine umfassende
62 Regulierung aller Drogen ein. Suchtprävention muss auf kommunaler Ebene stattfinden und
63 auch die Verfügbarkeit von alkoholischen Getränken in Frage stellen. Ambulante Suchthilfe muss
64 als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge finanziert und ausgebaut werden.